

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: 88846 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12

## Inhalt

Dr. R. Werner Schuster  
MdB zum Erfordernis  
einer neuen entwick-  
lungspolitischen Kon-  
zeption: Für die Erhal-  
tung der einen Welt.

Seite 1

Bernd Reuter MdB zum  
erfolgreichen Einsatz  
des Petitionsausschuß  
für einen Pflegebedürf-  
tigen: Diesmal hatte die  
Bundesregierung ein  
Einsehen!

Seite 3

Dieter Schanz MdB zur  
FDP-Blockade im ent-  
wicklungspolitischen  
Ausschuß: Verrat an  
den Armen dieser Welt.

Seite 4

47. Jahrgang / 83

30. April 1992

### Für die Erhaltung der einen Welt

Zum Erfordernis einer neuen entwicklungspolitischen Konzeption

Von Dr. R. Werner Schuster MdB

I.  
Konventionelle Entwicklungshilfe ist out. Die letzten 20 Jahre belegen, daß sich die Lebenssituation in den Entwicklungsländern (EL) trotz herkömmlicher "Entwicklungshilfe" insgesamt drastisch verschlechtert hat. Spätestens seit Brigitte Erler (1985) wissen wir, daß diese Entwicklungshilfe der 1. Generation eine "Tödliche Hilfe" sein kann.

II.  
Wer die EINE WELT erhalten will, muß primär und vor allem bei Verhaltensänderungen im Norden ansetzen: 20 Prozent der Weltbevölkerung verbrauchen 80 Prozent der Gesamtenergie und sind für 80 Prozent aller ökologisch schädlichen Emissionen verantwortlich. In 40 Jahren ist es "gelingen", 50 Prozent der Urwälder zu eliminieren. In Deutschland besitzt statistisch jeder zweite Einwohner ein Auto - übertragen auf die Weltbevölkerung würde dies einen Anstieg von derzeit 0,5 auf drei Milliarden PKWs bedeuten.

III.  
Das eurozentrische Weltmodell ist nicht nur ungeeignet zur Lösung der schwerwiegenden Probleme in der Dritten Welt, sondern ist im Gegenteil wichtigster Auslöser der Krise in den EL. Die durch die Wirtschaftsdominanz des Nordens induzierten Wohlfahrtsverluste (Rohstoffpreisverfall, Handelsbarrieren) zu Lasten der EL sind mit 100 Milliarden Dollar jährlich fast doppelt so hoch wie die jährliche "Entwicklungshilfe". Hinzu kommen zusätzliche Einkommensverluste durch den jährlichen Schuldendienst (Zinsen und Tilgungen) in Höhe von 120 Milliarden Dollar - ein reines Bankgeschäft für den Norden.

IV.  
Diese grundsätzliche, radikale Neuorientierung im Norden bedeutet erheblichen Konsum-Verhaltensänderungen für die BundesbürgerInnen. Für die Erhaltung der EINEN WELT werden wir nicht 0,4 Prozent, auch nicht 0,7 Prozent unsres Bruttosozialproduktes, sondern mindestens zehn Prozent zur Verfügung stellen müssen. Bei einem BSP von circa 2,5 Billionen DM in 1990 bedeutet dies 250 Milliarden DM! Die Freistellung dieses Zehnten bedeutet für die deutsche Bevölkerung alles andere als Armut. Schließlich war das BSP von 1970 (675 Milliarden DM)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kostenloser Versand  
an verbundene Adressen  
Arbeitskreis



in Preisen von 1990 (Indexsteigerung 220 Prozent ergibt 1,4 Billionen) immer noch um Größenordnungen geringer als 90 Prozent des BSP von 1990. 1970 waren wir bereits ein reiches, wohlhabendes Land!

Diese Umorientierung bewirkt zudem eine Verbesserung der eigenen Lebensqualität, eröffnet sie doch die Chance, wieder im Gleichgewicht mit den natürlichen Ressourcen zu leben.

V.

Dieser Zehnte mit seinen Milliardenbeträgen wird im wesentlichen für sechs Aufgaben benötigt:

- Energiesparprogramm und Einführung regenerativer Energiequellen.
- grundsätzliche Umstrukturierung der Verkehrsströme, weg vom Individualverkehr hin zu Verkehrsvermeidung und dem ÖPNV.
- Abbau von Handelshemmnissen und Subventionen hin zu einer sozialen Marktwirtschaft weltweit (GATT) mit entsprechenden Ausgleichsstrukturmaßnahmen für die betroffenen Industriezweige in der Bundesrepublik (Landwirtschaft, Bergbau).
- Entwicklungshilfe der zweiten Generation (Hilfe zur Selbsthilfe: Armutsbekämpfung, Bildung, Umwelt) - Entwicklungshilfe im engeren Sinne, wobei der Bedarf im Süden formuliert werden muß.
- Grundsätzlicher Schuldenerlaß für die ärmsten EL(LLDC's).
- EINE-WELT-Bildungsoffensive und Öffentlichkeitsarbeit bei uns.

Mehr als 90 Prozent dieser Beiträge sind also für Strukturprogramme im Norden erforderlich - Entwicklungshilfe der dritten Generation! Die Staatsquote von Bund, Ländern und Kommunen betrug 1990 46,1 Prozent des BSP, für 1990 also 1,1 Billionen DM. Ein Viertel dieser Staatsquote, "dieser Zehnte", müsse für die Struktur Anpassungsprogramme bei uns umgeschichtet werden.

VI.

Die schwierigste Aufgabe liegt darin, diese grundsätzliche Neuorientierung in einer Demokratie mehrheitsfähig zu machen. Dazu sind PolitikerInnen allein nicht in der Lage, weil sie zwar kein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung sind, aber sich in ihrem Handeln fast ausschließlich an den Mehrheitswünschen der WählerInnen orientieren. Diesbezüglich sind sie ein getreuliches Abbild und handeln so kurzfristig, wie es ihre WählerInnen von ihnen erwarten. Von daher bleibt nur der Weg der direkten Bewußtseinsänderung der Bevölkerung. Hier liegt der strategische Ansatzpunkt der Nichtregierungsorganisationen (NRO). Durch ihren lokalen Bezug sind sie mit ihren überschaubaren Aktivitäten der geeignete Transmissionsriemen zur Bevölkerung. Wir brauchen daher einen Boom von NRO. In jeder der 10.000 westdeutschen Kommunen, mindestens eine NRO mit im Schnitt 100 Mitgliedern ergeben eine EINE-WELT-Initiative von einer Million. Sie müßten wachsen auf vier bis fünf Millionen Mitglieder. Das entspräche dann der Sportlobby und wäre dann die notwendige Größenordnung, um ernsthaft in der Bevölkerung Tellen mehrheitsfähig zu machen. Dies allerdings bedeutet eine völlige Neubewertung der Rolle der NRO und eine strukturell andere Förderung ihrer Aktivitäten und die Bereitschaft der PolitikerInnen diesen unbequemen Mahnern auch ernsthaft zu zuhören.

VII.

In den EL selbst sind ebenfalls grundsätzliche Strukturänderungen erforderlich. Korrupte Systeme wie das Zaire von Mobutu oder das Kenia von Arab Moi oder die Apartheid von Südafrika haben vorhandene autonome Entwicklungspotentiale der EL drastisch blockiert. Die Nutzung des wichtigsten Ressource in den EL, der menschlichen Initiative, setzt Partizipation des Individuums, Einhaltung der Menschenrechte und "good governance" der Regierungen unabdingbar voraus. Seit Entwicklungsminister Spranger ist diese Konditionierung in der öffentlichen Diskussion allgemein hoffähig, wenn auch nur ansatzweise in die Praxis umgesetzt.

VIII.

Entwicklungshilfe der zweiten Generation muß vorrangig die Armutsbekämpfung zum Ziel haben und damit gleichzeitig den vorhandenen Selbstbehauptungswillen der Ärmsten der Armen sinnvoll nutzen. Die direkte Förderung von Süd-NRO - auch wenn sie den Mächtigen in ihrem Lande oft unbequem sind - ist die logische Folge. "Gerechtigkeit für alle", diese Schrift der *Justitia et Pax* darf als politische Vorgabe dieser Entwicklungshilfe dienen.

IX.

In vielen, wenn nicht in den meisten EL geht die Kraft für positive Veränderungen vor Ort überwiegend von den Frauen aus. Sie sind der eigentliche Hoffungsschimmer in den EL selbst. Rationale Entwicklungshilfe muß daher Frauen aktiv teilnehmen lassen und einbeziehen.

X.

Niemand kann ernsthaft sagen, er habe nicht gewußt wie es um diese EINE WELT steht. In Global 2000 wurden 1980 bereits die wichtigsten Daten von einer ideologisch unverdächtigen Institution, der US-Administration veröffentlicht. Der konservative CDU-Politiker Herbert Gruhl hat 1975 in seinem Buch "Die Plünderung unseres Planeten" ebenso darauf hingewiesen, wie Erhard Eppler 1981 in seinem Buch "Wege aus der Gefahr". Der Brandt-Report (Nord-Süd-Kommission) hat 1981 praktische Konsequenzen aufgezeigt.

Wir haben zwei Alternativszenarien: Das erste heißt "Weiter so" und ist beschrieben im 1. Mose Kap. 1 Vers 2 "Die Erde war wüst und leer" - im Jahr 2050 oder spätestens im Jahr 2100. Die zweite Alternative lautet: Radikal umsteuern. Es ist eine Minute vor zwölf.

(-/30. April 1992/rs/tr/ks)

\*\*\*\*\*

**Diesmal hatte die Bundesregierung ein Einsehen!**  
**Zum erfolgreichen Einsatz des Petitionsausschuß für einen Pflegebedürftigen**

Von Bernd Reuter MdB

Dem Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages wurden verschiedentlich Eingaben von Bundesbediensteten vorgelegt, die eine Pflegepauschale für die häusliche Pflege ihres kranken oder behinderten Kindes beanspruchten. Bei dieser erst 1991 analog zu Regelungen der gesetzlichen Krankenversicherung eingeführten Pflegepauschale handelt es sich um eine Geldleistung von 400 DM monatlich, die für die ständige häusliche Pflege zum Beispiel von Kindern einer behinderberechtigten Person geltend gemacht werden kann. Dadurch sollen die Bemühungen zur Vermeidung einer auswärtigen stationären Pflege, die ja viel teurer kommt, unterstützt werden. Auch die deutlich höheren Aufwendungen für eine Barufs- oder Ersatzpflegekraft können auf diese Weise entfallen.

Allerdings sollte es eine gravierende Einschränkung geben: In Fällen, in denen Kinder noch eine Schule oder einen Kindergarten besuchen können, sollte die Pflegepauschale nicht gewährt werden. Denn hier, so argumentierte die Bundesregierung, könne der Umfang der erforderlichen Pflege nicht so groß sein, daß eigentlich eine stationäre Unterbringung in einer Pflegeeinrichtung gerechtfertigt wäre.

Diese Annahme stellte sich allerdings rasch als falsch heraus: zahlreiche Eingaben von Behinderberechtigten und Stellungnahmen von Interessenverbänden der Behinderten wiesen darauf hin, daß die Schwere der Pflegebedürftigkeit durch den Besuch einer Behindertenwerkstatt ja keinesfalls gemindert wird. Viele Einrichtungen nehmen durchaus auch sehr schwer behinderte Menschen auf, um sie wenigstens einen Teil des Tages in einer für sie sinnvollen Weise zu beschäftigen.

Künftig kann die Pflegepauschale auch in den Fällen einer vorübergehenden Abwesenheit des Pflegebedürftigen von zu Hause beansprucht werden, wenn der Betroffene einen Kindergarten, eine Schule, eine Werkstatt für Behinderte oder eine vergleichbare Einrichtung besuchte. Entscheidend ist in jedem Falle das Urteil des zuständigen Arztes, der den Grad der Pflegebedürftigkeit festzustellen hat.

Die Bundesregierung sollte das Petitionsrecht ernster nehmen, damit gute Nachrichten aus dem Petitionsausschuß keine Seltenheit bleiben. Seit 1979 gehen jährlich durchschnittlich 12.471 Petitionen ein. Nur zwischen zehn und 20 Prozent der Anliegen werden positiv erledigt. Die Zahl der erfolglosen Fälle schwankt stark zwischen 20 und über 40 Prozent. Ich würde es sehr begrüßen, wenn sich auch die Ausschlußmehrheit nicht allzu oft mit den meist negativen Stellungnahmen der zuständigen Ministerien und Behörden zufrieden geben würde, wo es doch unser alle Aufgabe wäre, im Interesse der betroffenen Bürger nachzubohren und unbequeme Fragen zu stellen!

(-/30.4.1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*

**Verrat an den Armen dieser Welt**  
**Zur FDP-Blockade im entwicklungspolitischen Ausschuß**

Von Dieter Schanz MdB

Mit der Vorlage des Berichtes der Bundesregierung zur Armutsbekämpfung durch Hilfe zur Selbsthilfe zeigte das gemeinsame Vorgehen der Entwicklungspolitiker von CDU, SPD und damals auch noch der FDP bei der Formulierung ihres Armutsbekämpfungsantrages erstmaligen Erfolg.

Im wesentlichen bestand zwischen SPD und CDU in der Beurteilung des Berichtes Einigkeit. Es wurde festgestellt, daß die Bundesregierung in der Bewertung der Problematik durchaus auf dem richtigen Weg ist und den Ansatz der Armutsbekämpfung durch Hilfe zur Selbsthilfe ernsthaft zu verwirklichen bemüht zu sein scheint. Allerdings gab es durchaus auch Kritikpunkte, die in einer gemeinsamen Beschlußempfehlung festgehalten werden sollten.

Verständlicherweise mußten dabei alle Seiten Abstriche bei Formulierungen hinnehmen oder auf die Aufnahme bestimmter Aspekte verzichten, da es sich ja nicht um ein Ideologiepapier, sondern um ein Kompromißpapier handelt, daß sich für die Interessen der Armen einsetzen will und nicht für parteipolitische Profilierungszwecke verwendet werden soll. Wer dies nicht begreift und damit ein effektives Vorgehen vereitelt, gehört nicht in die Politik, wo Kompromißfähigkeit eine Tugend und keine Schande ist. Diese Lektion scheint die FDP vergessen zu haben.

Die Kompromißbildung zwischen SPD und CDU war sicherlich nicht leicht, aber mit dem angestrebten Ziel einer effizienten Armutsbekämpfung im Hinterkopf wurde ein ordentliches Papier entworfen, daß von der FDP aus rein ordnungspolitischen Gründen abgelehnt wurde und somit die gesamte Arbeit blockiert. Der kleine Koalitionspartner verhindert einmal mehr gute Politikansätze; dies sollte im parteistategischen Kalkül der SPD eher positiv bewertet werden, da die CDU - durch ihren Koalitionspartner blockiert - erneut an politischem Profil und an politischer Glaubwürdigkeit verliert.

Schaden, schade; ein gemeinsames Engagement für die Ärmsten der Armen hätte gerade zur Zeit eine so große Bedeutung. Die SPD wird somit einen Beschluß formulieren, den dann hoffentlich die CDU-Entwicklungspolitiker den "Mut" haben werden zu unterstützen.

(-/30.4.1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*